Obwalden Nidwalden

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG BOTE DER URSCHWEIZ

Gemeinde will das Areal aufwerten

OBERDORF Längst hat der Landsgemeindeplatz ausgedient. Die Gemeinde will ihm neues Leben einhauchen – nicht zum ersten Mal. Doch lenkt der Kanton ein?

OLIVER MATTMANN
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Seit der Abschaffung der Nidwaldner Landsgemeinde 1996 fristet der historische Platz eingangs Oberdorf ein mehr oder weniger tristes Dasein. Besitzer ist nach wie vor der Kanton. Der Gemeinderat von Oberdorf trat vor zehn Jahren zu einem symbolischen Preis als Pächter des Landsgemeindeplatzes auf. Seine Absicht damals: dem Zeitzeugen mit der Durchführung verschiedenster Anlässe neues Leben einhauchen. Inzwischen muss festgehalten werden: Das Ziel ist – wenn überhaupt – nur halbwegs erreicht worden. Gemeindepräsidentin Karin Kayser bestätigt dies. «Der Platz wird nicht gerade übermässig oft genutzt», formuliert sie diplomatisch. «Es wäre wünschenswert, wenn er mehr Wertschätzung erfahren würde.»

«Nebst dem Platz an sich bietet dieser nicht sehr viel.»

KARIN KAYSER, GEMEINDEPRÄSIDENTIN

Die Gemeinde zeigt Interesse, den Landsgemeindeplatz (hinten bei den Autos) zu übernehmen. Der Ring (vorne) soll laut Kanton als Zeitzeuge unangetastet bleiben.
Bild Corinne Glanzmann

Mit Stirnlampen serviert

Auf der anderen Seite hat Karin Kayser auch Verständnis für potenzielle Organisatoren, die eine Anfrage für eine Platzmiete lanciert hatten, sich letztlich aber für einen anderen Standort entschieden. «Nebst dem Platz an sich bietet dieser nicht sehr viel.» Dies habe viele initiative Leute abgeschreckt. Sie spricht in erster Linie die fehlende Infrastruktur wie Wasseranschluss, Beleuchtung oder wettergeschützte Bereiche an. «An der 1.-August-Feier der Gemeinde musste das Servicepersonal nach Einbruch der Dunkelheit mit Stirnlampen arbeiten», nennt die Gemeindepräsidentin ein Beispiel. Das Interesse aber, zeigt sie sich überzeugt, wäre grundsätzlich vorhanden. «Historische Plätze üben eine spezielle Anziehungskraft aus.»

Nun will die Gemeinde Nägel mit Köpfen machen. Sie hat ein Konzept ausgearbeitet, um den Platz, auf dem gegenwärtig Angehörige des Swissint ihr Auto parkieren, attraktiver zu machen. Und deshalb beim Kanton eine Anfrage für eine definitive Übernahme platziert. Karin Kayser könnte sich vorstellen, auch den Landsgemeindering ins Konzept einzubinden, ohne bereits ins Detail gehen zu wollen. Der Ring ist durch eine Mauer vom Platz abgetrennt und gehört ebenfalls dem Kanton.

Kanton bestätigt Interesse

Der Nidwaldner Baudirektor Hans Wicki bestätigt das Interesse Oberdorfs an besagter Parzelle. «Wir haben signalisiert, dass wir zu einem Verkauf des Platzes bereit sind.» Unter einem Vorbehalt: Für das Areal besteht bereits ein verbindlicher Gestaltungsplan. So soll darauf irgendwann ein Gebäude mit Wohnungen und Gewerberäumen realisiert werden. Bisher scheint dafür aber kein Bedarf bestanden zu haben. «Die Verhandlungen mit der Gemeinde sind noch im Gang.» Zum vorgelagerten Landsgemeindering hält Wicki unmissverständlich fest: «Er soll unangetastet und in seiner Form erhalten bleiben.»

Nächstes Treffen auf Juni angesetzt

Es scheint, als ob es noch einiges Verhandlungsgeschick brauchen wird, bis eine übereinstimmende Lösung auf dem Tisch liegt. Laut Karin Kayser findet die nächste Verhandlungsrunde im Juni statt. «Den Landsgemeindeplatz einfach so stehen zu lassen, wäre schade», unterstreicht Kayser, die selbst bald im Regierungsrat sitzen wird, die Haltung des Gemeinderats. Es brauche jetzt ein aktives Handeln. «Nicht Parkplätze sollten das Eingangstor zu Oberdorf bilden, sondern etwas, aus dem die Bürger auch einen effektiven Nutzen ziehen können.»

Sarnen plant Schutz im Hintergraben

SARNEN Im Hintergraben sollen im Rutschgebiet die geordneten Wasserläufe wiederhergestellt werden. Die Gemeinde erarbeitet ein Projekt.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@obwaldnerzeitung.ch

Die Rutschung Hintergraben hat die Verantwortlichen in Kanton und Gemeinde vor allem vergangenes Jahr in Atem gehalten. Im April beschleunigte sich die Rutschung stark. Häuser und Ställe, Wege und Strassen wurden beschädigt oder gar zerstört. Aber auch Bachläufe waren betroffen. Der Kanton Obwalden erklärte die Rutschung und umliegende Flächen zum Notstandsgebiet. Sofortmassnahmen hatten zum Ziel, Gerinneausbrüche zu verhindern, geregelte Wasserabflüsse zu gewährleisten und das Einsickern von Wasser in die Rutschmasse zu reduzieren.

«Zusammengestossener Teppich»

Im Juni 2013 hat sich die Lage dann etwas beruhigt, und die Rutschgeschwindigkeit verlangsamte sich wieder. Um die Wasserflüsse langfristig zu regeln, plant die Gemeinde Sarnen verschiedene Schutzbauten, wie der Obwaldner Regierungsrat in einem Bericht über die Sofortmassnahmen an den Kantonsrat festhält.

Projektleiter Stephan Flury schildert die Ausgangslage: «Man muss sich das Rutschgebiet vorstellen wie einen Teppich, der zusammengestossen wurde und wo alles durcheinander liegt.» Das Wasser suche sich seinen Weg. «Allerdings ist das nicht unbedingt der Weg, den wir möchten. Das Ziel ist, die Wasserläufe wieder dorthin zu bringen, wo sie am wenigsten Schaden anrichten», erklärt Flury, der Leiter des Bereichs Infrastruktur und Raumentwicklung bei der Einwohnergemeinde ist. «Einiges konnte mit den Sofortmassnahmen schon korrigiert werden», sagt er, doch wolle man das jetzt noch verbessern. Die teilweise verschobenen Gerinne sollen wieder durchgängig gemacht werden. Das solle sicherstellen, dass möglichst wenig Wasser einsickere und die Gleitschicht der Rutschung «schmiere», die je nach Ort in 10 bis 40 Metern Tiefe liege, so Flury. «Zudem soll erreicht werden, dass ein Bach den Lauf nicht verlässt, auch wenn einmal etwas mehr Wasser fliesst, zum Beispiel bei einem Gewitter.» Dabei werden die Bachläufe nicht von zuoberst bis zuunterst ausgebessert, sondern nur punktuell an jenen Stellen, wo sie unterbrochen sind. Flury geht davon aus, dass dies an einem guten Dutzend Orte nötig sein wird. Was das Ganze kosten soll, kann er noch nicht sagen. «Noch laufen geologische Abklärungen, die einen Einfluss auf die Kosten haben können», betont er.

Das Wasser des Golpigräbli wird über Rohre abgeleitet (oben). Die Rutschung hat das Bett des Schlimbachs stark beschädigt (unten).
PD

«Ziel ist, die Wasserläufe wieder dorthin zu bringen, wo sie am wenigsten Schaden anrichten.»

STEPHAN FLURY, PROJEKTLEITER

Finanzierung über Waldgesetz

Da das Projekt eine Rutschung betrifft, kann die Finanzierung über das Eidgenössische Waldgesetz erfolgen. Gemäss dem regierungsrätlichen Bericht an den Kantonsrat ist dies mit dem Bundesamt für Umwelt abgesprochen. Der Bund werde sich mit voraussichtlich 35 Prozent an den Kosten beteiligen. Dazu können maximal 10 weitere Prozent für nachgewiesene Mehrleistungen kommen. Der Kantonsanteil beträgt 30 Prozent. Der Regierungsrat plant, das Projekt im kommenden Jahr dem Kantonsrat vorzulegen.

Im ihrem Bericht macht die Regierung auch Angaben zu den bisher aufgelaufenen Kosten. Für die Sofortmassnahmen seit April 2013 wurden rund 350 000 Franken aufgewendet. Die Summe wird durch die Gemeinde Sarnen vorfinanziert, und die Sofortmassnahmen werden in das jetzt geplante Projekt integriert. Der Notstandskredit, den der Regierungsrat vor einem Jahr beschlossen hatte, musste nicht beansprucht werden.

Bereits 2011 und 2012 hatte sich die Rutschung etwas beschleunigt und diverse Arbeiten ausgelöst. Unter anderem wurden eine geologische Untersuchung und Beurteilung an die Hand genommen sowie ein GPS-Messnetz aufgebaut. Zur Sicherung der Schlimbachstrasse wurden ausgewählte Bachsperren gesichert. Die Kosten beliefen sich in den beiden Jahren auf 450 000 Franken. Der Regierungsrat hatte dafür zwei Objektkredite gesprochen. Der Kantonsanteil beträgt 50 Prozent.

Sanierungen und Neuerschliessung

Seit der Beruhigung der Rutschung Mitte 2013 haben laut dem Bericht die Eigentümer oder Pächter die Sanierung der landwirtschaftlichen Flächen in Angriff genommen. Zudem wird eine Neuerschliessung ausserhalb des Rutschgebietes für drei nur noch schwer zu erreichende Liegenschaften geplant. Die Finanzierung erfolge über Spendengelder und bei der Erschliessung voraussichtlich in Kombination mit Strukturverbesserungsbeiträgen von Bund und Kanton.